

R3: Raus aus der Krise!

Resolution zuhanden der Jahresversammlung vom 20. Februar 2021, online

Antragsstellende: Jimena Villar de Onis (Waadt), Shivani König (Stadt Bern), Helena Winnall (Stadt Zürich), Jannick Hayoz (Stadt Bern), Ambroise Thévenoz (Genf), Jessica Bamford (Stadt Bern), Felix Looby (Stadt Bern), Johanna Didenko (Waadt), Patrick Côté (Stadt Zürich)

Wir stecken mitten drin in der Gesundheitskrise. Der Bundesrat ist [Schuld an der zweiten Welle](#). Die dritte Welle mit der Virusmutation steht bevor. Auch die [neuen Massnahmen des Bundesrats](#) opfern weiter unsere Gesundheit auf dem Altar der Profite der Bonzen.

Während die Kapitalist*innen ihr Vermögen aufstocken, muss ein Fünftel der Bevölkerung ihren Konsum aus Geldmangel einschränken. Ein Viertel muss das Ersparte anzapfen. Die [neuesten Massnahmen des Bundesrats](#) bei Kurzarbeit und Härtefällen sind ein Tropfen auf den heissen Stein.

Das ist erst der Anfang! Wir stehen am Beginn der tiefsten und breitesten Wirtschaftskrise. Die herrschende Klasse wird die Lohnabhängigen brutal zur Kasse prügeln. Diese müssen sich wehren!

Sozialistisches Programm gegen die Krise!

Arbeiterklasse und Jugend brauchen einen klaren Ausweg aus Gesundheits- und Wirtschaftskrise:

- Alle Bereiche der Wirtschaft, die keine essentielle Arbeit verrichten, müssen geschlossen werden! In den essentiellen Branchen (auch [Schulen](#)) müssen sich die Arbeiter*innen (Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern) organisieren und selbst über die Massnahmen entscheiden und deren Einhaltung kontrollieren!
- Entlassungs- und Kündigungsverbot bei voller Lohnfortzahlung! Lehrstellengarantie! Gegen alle Sparmassnahmen im Sozial- und Bildungsbereich sowie Rücknahme aller Sparmassnahmen! Massiver Ausbau des Sozialwesens unter Arbeiterkontrolle!
- Verstaatlichung und Zusammenfassung der Banken! Holen wir uns die Ressourcen für die notwendigen Investitionen in Produktion und Forschung, in den Gesundheits- und Schulbereich und für die Impf- und Testkampagne!
- [Dieses Programm](#) ist heute lebensnotwendig für die Lohnabhängigen. Es stösst auf den härtesten Widerstand der Kapitalistenklasse, deren Parteien und Staat. Der Kapitalismus in seiner tiefsten und breitesten Krise kann sich für uns kein anständiges Leben mehr leisten – wir können uns den Kapitalismus nicht mehr leisten: Die Arbeiterklasse muss die Macht übernehmen, den Kapitalismus stürzen und den Sozialismus errichten!

Nur die Arbeiterklasse selbst hat die Kraft, dieses Programm umzusetzen. Wir müssen es in ihr verankern!

Die Jugend gewinnen!

Die Zukunftsaussichten der Jugend werden immer düsterer. Immer breitere Schichten erkennen klar die Sackgasse dieses Systems. Als Sozialist*innen ist es unsere Pflicht, sie für den Kampf für den Sozialismus gewinnen: Das ist der einzige Ausweg!

- Wir müssen mit Flugblättern und Standaktionen dorthin, wo die *Jugend im Alltag* ist (Oberstufen, Gymis, Berufsschulen und Unis)! Diskutieren wir mit den Lernenden unser Programm!
- Die Pandemie hemmt die *Bewegung der Jugend*. Aber z.B. die [streikenden St. Galler Schüler*innen](#) beweisen, dass das nicht absolut ist! Bewegt sich die Jugend, dann lassen wir alles andere stehen und liegen und tragen als Partei kämpferische Forderungen in die Demos und Streiks, anhand derer wir mit den Aktivist*innen unser Programm diskutieren!

In die Opposition!

Bundesrat und Kapitalist*innen laden die Krise auf die Massen ab. Der Unmut in breiten Teilen der lohnabhängigen Klasse steigt. Bei fast $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung schwindet das Vertrauen in die Regierung der Bonzen und in die soziale Sicherheit. Die traditionellen grossen Organisationen der Lohnabhängigen, SP und Gewerkschaften, müssen die Arbeiterklasse in den Kampf gegen die Krise ziehen: Das Potenzial war noch nie so gross!

- Das Jahr 2020 hat bewiesen, was sich hinter dem «Kollegialitätsprinzip» des Bundesrats verbirgt: brutale Angriffe auf die Lohnabhängigen im Interesse der Kapitalisten! Es gibt keine «Kollegialität» zwischen den Klassen! Die SP-Bundesräte müssen mit der «Kollegialität» des Bundesrats brechen! Die [SP muss in die Opposition](#) zum Bundesrat!
- Rufen wir alle linken SP-Parteimitglieder auf, mit uns das «sozialistische Programm gegen die Krise» zu diskutieren! Für einen organisierten linken Flügel in der SP!
- Fordern wir den [«linken Aufbruch»](#) ein: Meyer/Wermuth müssen sich konsequent auf die Seite der Lohnabhängigen, also hinter das «sozialistische Programm gegen die Krise» stellen!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: ablehnen.

Begründung:

Diese Resolution, falls mensch sie überhaupt als solche bezeichnen kann, ist ein unausgegorener Rundumschlag, den wir zur Ablehnung empfehlen. Grundsätzlich: Eine Resolution ist nicht dazu da einer Partei ein komplett neues Programm vorzuschreiben und dann auch noch gleichzeitig zu fordern, dass die SP sich danach richten sollte. Das sprengt den Rahmen massiv und ist eigentlich schon Grund genug für die Ablehnung. Aber weiter im Text: Diese Resolution ist widersprüchlich. Schreibt sie in einem Satz von den Hemmnissen der Jugend durch die Pandemie, so muss sie im darauffolgenden Abschnitt zugeben, dass das transformative Potential ja da ist. Es scheint, als hätten sich die Verfassenden während des ganzen Papiers über nicht einigen können. Klar ist, es braucht Pläne zum Ausstieg aus und für die Bewältigung dieser Krise, sowie für die Politisierung der Gesellschaft. Denn das Potential ist da und wir gedenken es zu nutzen. Leider liefert dieser oberflächliche Katalog an mit einem Übermass an Ausrufezeichen versehenen, unüberlegten Forderungen wie oben ausgeführt, weder den richtigen, noch einen basisdemokratischen Ansatz. Des Weiteren ist

die Resolution unstrukturiert und überbordend: Teilweise werden unter einzelnen Bulletpoints bis zu vier grundsätzliche Forderungen gleichzeitig gestellt. Weiter zeugt es von wenig Einfallskraft und Verständnis für die Massen, wenn mensch denkt, dass die Bevölkerung alleine durch das Erhalten von Flyern politisiert werden. Ebenso seltsam zurückhaltend wirkt die Forderung der Teilnahme an Demos. Die JUSO nimmt nicht nur an Demos teil, viel eher organisieren wir sie mit und prägen Diskurse. Einem Ansatz für den Ausweg aus der Krise und aus diesem System hat die Basis ausserdem schon im Juni 2020 zugestimmt mit Annahme der Resolution «Gegen die Rückkehr zum Status quo: für eine demokratische Wirtschaft!». Aus genannten Gründen empfiehlt euch die Geschäftsleitung die Resolution zur Ablehnung.